

Abgebrochener Gipfelsturm: Die Grünen in der *Ampel*-Koalition

Marco Bitschnau¹

Beginnen wir mit einer Rückblende: Bundestagswahl 2021. Nach sechzehn Jahren Angela Merkel, vielen Krisen und noch mehr Krisenmanagement steht der Republik an der Regierungsspitze eine Zäsur bevor, denn die populäre Langzeitkanzlerin stellt sich aus eigenem Willen nicht erneut zur Wahl. Ein Hauch Wandel liegt in diesen Wochen in der Luft, mehr optisch als inhaltlich zwar (die Aussicht auf traditionelle Lagermehrheiten geht in dem um die AfD erweiterten Sechsfractionensystem ohnehin gegen Null), doch ist in der Mediendemokratie ja gerade die Optik ein Pfund, mit dem sich trefflich wuchern lässt und deren Bedeutung man keineswegs unterschätzen sollte. Beinahe als wollten sie diese Einsicht in Personalform gießen, haben SPD und CDU zwei Bewerber auf den Kandidatenschild gehoben, die ihrer Denkungsart und Persönlichkeit nach kaum unterschiedlicher sein könnten. Für die Sozialdemokraten tritt mit Olaf Scholz ein versierter Kabinettspolitiker mit hanseatischem Charme und kühler Sprödeheit an, für die in den Umfragen vorn liegenden Christdemokraten mit Armin Laschet ein weicher Rheinländer, der als nordrhein-westfälischer Landesvater schon amtsbedingt eine gewisse Kanzlertauglichkeit für sich in Anspruch nimmt.

Die eigentlichen Protagonisten dieses Wahlkampfs sind aber die Grünen, deren Doppelspitze Robert Habeck und Annalena Baerbock sich anschickt, das ewige Großparteien-duopol der alten Bundesrepublik aufzubrechen.² Schon seit einiger Zeit reiten sie auf einer Welle des Erfolgs: Eine bravouröse Europawahl 2019, starke Ergebnisse in den Ländern, dazu der günstige Umstand, dass alle Welt über den Klimawandel und die Schülerproteste der *Fridays for Future* spricht. Auch beim medial-wissenschaftlichen Kommentariat kommt die Partei gut weg. Sie sei erwachsen (lies: regierungsfähig) geworden, ohne sich dabei inhaltlich zu sehr zu verrenken, loben die einen. Sie sei zumindest kompromissbereiter und reflektierter, konzedieren die anderen. In jedem Fall scheint der Sauertopfökologismus der Nachschrüderzeit verschwunden, keine Purismusfantasien in Birkenstocksandalen mehr, sondern ein wohldurchdachter, inszenatorisch ausgeklügelter, gegen alle Klischees arbeitender Auftritt im Verbund mit den „engagiertesten

¹ Dr. Marco Bitschnau ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Konstanz.

² Vgl. hierzu etwa S. Bukow & N. Switek (2023). Bündnis90/Die Grünen: Im Sinkflug an die Macht. In: U. Jun & O. Niedermayer (Hrsg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2021: Neueste Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland* (131–155). Wiesbaden: Springer VS.

und teilhabefähigsten Mitgliedern aller Parteien“ und einem „vorbildlichen Rekrutierungssystem für [Partei-]Eliten.“³

Strategisch schlägt sich diese Neuaufstellung im Werben um Wählerschichten jenseits der ökologisch bewegten Stammklientel nieder, performativ aber in der Zuversicht und Authentizität des omnipräsenten Führungsduos. Besonders der promovierte Schriftsteller Habeck gilt in der Politberichterstattung bald als größter Charismatiker, den das Land seit Karl-Theodor zu Guttenberg gesehen hat – auch ob seines abwägend-selbstreferentiellen Kommunikationsstils,⁴ der ganz anders ist als das, was man sonst aus dem floskelnden Parlamentsbetrieb gewohnt ist. Bei der erstmalig vergebenen grünen Kanzlerkandidatur muss er zwar seiner Mitvorsitzenden den Vortritt lassen; personifiziertes Aushängeschild für ein ehrliches Angebot an die Mitte der Gesellschaft bleibt der gebürtige Lübecker aber dennoch. „Wir können aus Fehlern lernen“, heißt es etwa in der Einleitung des in Form und Inhalt unter seinem Einfluss stehenden Bundestagswahlprogramms. Und fast könnte man meinen, der Satz sei ebenso sehr auf die eigenen Leute gemünzt wie auf die Gesellschaft als Ganzes.⁵

Der Wahlabend selbst verläuft aus grüner Sicht allerdings wenig zufriedenstellend. Gerade einmal 14,8 Prozent werden es am Ende – ein Zweitstimmenrekord zwar, doch angesichts der demoskopischen Sphären, in denen man sich während des Wahlkampfes bewegt hatte, zugleich ein gefühlter Rückschlag. Wie so oft ist „es der Partei [auch diesmal] nicht gelungen, Umfragewerte in Wahlergebnisse umzuwandeln.“⁶ Und wie so oft weiß sie auch diesmal nicht so recht, was der Grund für dieses Versagen war. Hat Baerbock mit ihrer Lebenslaufaffäre vielleicht doch mehr Schaden angerichtet als gedacht? Hat die SPD mit ihrer wohltemperierten *Respekt*-Kampagne das Gros der Unentschlossenen für sich einnehmen können? Oder hat man selbst zu sehr dem Sirenenengesang der Psephologen und Prognostiker gelauscht und ist so in eine Art politischen Schweinezyklus geraten? Woran immer es auch gelegen haben mag, die Grünen versuchen, sich ihre Enttäuschung nicht anmerken zu lassen und schreiten sogleich zur Tat. Schnell sind alle formalen Hindernisse ausgeräumt und die Verhandlungen mit Sozialdemokraten und Liberalen über die erstmalige Bildung einer *Ampel* auf Bundesebene können beginnen. Die lässt sich aus ihrer Sicht dann auch durchaus vielversprechend an: Habeck sichert sich das nun auch für Klimaschutz verantwortliche Wirtschaftsministerium, Baerbock zieht ins Auswärtige Amt ein, beide schießen frohgemut Selfies

³ G. Mielke (2021). Die Grünen als neuer Pol im deutschen Parteiensystem? Anmerkungen zum Aufstieg der Grünen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 34(3), 462–478 (Zitat: 477).

⁴ Vgl. J. Müller & A. Séville (2021). Ist Dauerreflexion kommunizierbar? Das Habeck-Paradox. *Merkur*, 873, 82–87.

⁵ Bündnis90/Die Grünen (2021). Deutschland. Alles ist drin. Bundestagswahlprogramm 2021, Berlin (https://cms.gruene.de/uploads/assets/Wahlprogramm_DIE_GRUENEN_Bundestagswahl_2021.pdf).

⁶ S. Bukow & N. Switek (Fn. 2), 151.

mit den Spitzen der Verhandlungspartner und loben die Aufbruchstimmung innerhalb dieser etwas großsprecherisch als *Fortschrittskoalition* titulierten Allianz. Vier Jahre progressives, fokussiertes und reibungsarmes Regieren werden von allen Seiten beschworen. Und wer weiß, vielleicht ja noch mehr?

Heute, nach fast zweieinhalb Jahren *Ampel*, stellt sich die Lage freilich weit weniger rosig dar. Inflation und Energiesorgen, Nahost- und Ukrainekrieg, Klimaradikalismus und AfD-Rekorde – an allen Ecken der Gesellschaft scheint es zu brodeln, der durch das Dreierbündnis ins Amt gespülte Kanzler Scholz wirkt ratlos, der Ruf seiner Regierung ist angeknackst und jeder der Koalitionäre trägt schwer an den Widrigkeiten, die sich aus der Uneinigkeit aller mit allen ergeben. So auch die Grünen, die im Gegensatz zu ihren Partnern zumindest im Bund mit zwölf bis vierzehn Prozent noch vergleichsweise stabil dastehen.⁷ Tiefere Sorgenfalten ergeben sich bei ihnen jedoch mit Blick auf die Länder: Im Saarland gelang der Einzug in den Landtag trotz erheblicher Bemühungen erneut nicht. In Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen konnten zwar während der *Honeymoon*-Periode der Koalition Zugewinne verbucht werden, doch in zwei von drei Fällen musste man sich dennoch der SPD geschlagen geben.⁸ Und bei der Nachwahl in Berlin galt es mit der Degradierung von der Bürgermeisteranwärterin zur bloßen Machtoption der siegestaumeligen CDU und der daran anschließenden Verbannung auf die Oppositionsbank gleich eine zweifache Demütigung hinzunehmen. Es folgten im weiteren Jahresverlauf 2023 erkleckliche Verluste in Bremen, ein ernüchterndes Resultat in Bayern (wo man der CSU trotz Aiwanger-Affäre keinen Bündniswechsel schmackhaft machen konnte) und ein herber Misserfolg in Hessen (wo man sich ebenfalls von dominanten Christdemokraten den Laufpass geben ließ). Mehr noch, der Negativtrend droht sich dieses Jahr weiter fortzusetzen, verheißen doch weder die bevorstehende Europawahl noch die Urnengänge in Sachsen, Brandenburg und Thüringen sonderlich viel Gutes.

Bedeutender als diese Talsohle im Stimmenkampf ist indes der Umstand, dass sich im Hinblick auf die Außenwirkung der Partei eine fast vollständige Wahrnehmungsumkehrung eingestellt hat: Galten die Oppositionsgrünen noch als künftiger Monolith der Bundespolitik (der Bündnispartner, ohne den keine Mehrheit zustande kommt), werden die Regierungsgrünen heute selbst von einstigen Bundesgenossen kaum mehr mit der Kneifzange angefasst. Dass Friedrich Merz sie als Hauptgegner seiner wiedererstarkten Union ausmacht und sich lauthals über die „20-jährigen Studienabbrecher in der grünen Bundestagsfraktion, die

⁷ Im Juni 2019 erreichte die Partei bei verschiedenen Umfrageinstituten bis zu 27% und nahm noch vor der Union den Spitzenplatz ein. Auch im Frühjahr und Sommer 2021 wurden konstant Werte jenseits der 20% gemessen. (Forsa wies in drei Umfragen gar 28% aus.)

⁸ Und im dritten – Schleswig-Holstein – verblasste der eigene Erfolg rasch hinter dem Fabelergebnis der CDU.

[...] die Welt erklären“⁹ mokiert, mag man ja noch als gegeben hinnehmen.¹⁰ Ebenso, dass die inzwischen auf eigene Rechnung Politik treibende Sahra Wagenknecht (die ihr Parteiprojekt explizit anti-grün angelegt hat) in ihnen eine Art post-materialistische Häresie erkennt. Dass aber auch unter den Mitkoalitionären beträchtlicher Unmut über die grüne Regierungsleistung besteht, sich das öffentliche Bild der Partei immer mehr eintrübt und alte Vorbehalte aufbrechen, sollte Habeck und Baerbock zu denken geben. Gerade unter Wechselwählern der Mitte – jener Gruppe, die man vor nicht allzu langer Zeit noch offensiv umwerben wollte – assoziiert man mit Grün heute vor allem teures Heizen, teures Benzin und eine ungesunde Randständigkeit auf den von Endloskontroversen gezeichneten Themenfeldern Gender und Migration.

Zu alledem hat sich selbst beim grünen Kernanliegen Klimaschutz eine sichtbare Politisierung eingestellt, besonders da, wo Sofortambitionen auf den Wunsch nach Prosperität und sozialer Fürsorge treffen und scheinbar unauflösbare Zielkonflikte nach sich ziehen. Weiter an den beschlossenen Maßnahmen festhalten, wo doch das ganze Lande unter der Inflation ächzt und die Haushaltskassen leer sind? Weiter Emissionen im Bausektor einsparen, wo man den Wählern doch zugleich hunderttausende neue Wohnungen versprochen hat? Weiter die Stellschraube am CO₂-Preis drehen, wo sich doch die Industrie schon heute über zunehmende Wettbewerbsnachteile beklagt? Diese und ähnliche Fragen wären wohl für keine Regierung einfach zu beantworten – die Grünen treffen sie aber besonders hart, weil sie aus ihrem Gewinnerthema eine Belastung machen: Je mehr in der Bevölkerung der Eindruck verfängt, Klimaschutz sei (in seiner derzeitigen Form) ein kostspieliges Unterfangen mit ungewissem Ertrag, desto stärker übertragen sich Volkes Ärger und Misstrauen auf die Partei, die hier seit jeher *issue ownership* reklamieren kann. Noch verschärft wird dieser Argwohn durch die mediale Präsenz der *Letzten Generation*, die mit ihrer aufmerksamkeitsheischenden Protesttaktik nicht eben gut gelitten ist.¹¹ Zu der Gruppe selbst lässt sich zwar Distanz wahren, doch bleibt das Risiko, in der öffentlichen Wahrnehmung mit ihr im selben Topf zu landen und (was noch gefährlicher ist) die eigene Anliegen so dauerhaft kontaminiert zu sehen.

Für sich genommen mögen all diese Punkte – die schwachen Wahlergebnisse, die absackende Wahrnehmung und die fehlende Zugkraft der Klimafrage – bewältigt

⁹ Zitiert in R. Soldt (2023). Friedrich Merz schießt gegen grüne Studienabbrecher. *FAZ.net*, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/cdu-chef-merz-schiesst-gegen-gruene-studienabbrecher-19324071.html>

¹⁰ Wobei sich gerade Merz in der Vergangenheit durchaus positiv über das Baerbock/Habeck-Projekt geäußert hatte. Noch 2018 pries er die Grünen als „sehr bürgerlich, offen, liberal und sicherlich auch partnerfähig.“

¹¹ Vgl. M. Bitschnau (2022). Wenn nicht nur die Erde sich erhitzt. Ein Kommentar. *Demokratie-Dialog*, 10, 10–16.

bar erscheinen, in der Summe aber gefährden sie, was das vorrangige Mittelfristziel der Partei sein muss: Die SPD als hegemoniale Kraft der linken Mitte ablösen. Nicht nur vereinzelt und als Folge günstiger Umstände, sondern strukturell und organisch. Die besondere Schwierigkeit dabei ist, dass ein Patt zur Erfüllung dieses Ziels kaum ausreicht; zu groß ist der sozialdemokratische Vorsprung in Sachen Mitgliederzahl und Ressourcenzugang, zu bedeutend das historische Verdienst der Partei, zu tief eingegraben ihre Verankerung außerhalb der Metropolen und Universitätsenklaven. Will man die Rollen von Koch und Kellner ernsthaft umkehren, dann reicht es nicht, zweite Geige hinter einem unbeliebten Kanzler zu spielen und auf das Szenario zu hoffen, dass man ja vielleicht beim nächsten Mal knapp vor ihm (aber weit hinter der Union) landet. Stattdessen müsste man ein Fanal von der Art setzen, wie es nur eine eigene Kanzlerschaft kann, müsste unmissverständlich beweisen, dass sich die politischen Koordinaten dauerhaft verschoben haben. Je mehr dieser Anspruch aus dem Blickfeld der Tagespolitik verschwindet, desto mehr dürfte den Grünen bewusst werden, was für eine gewaltige Möglichkeit sich ihnen hier 2021 aufgetan hatte. Im Grunde war alles perfekt angerichtet: Die Frische und Unverbrauchtheit nach sechzehn Jahren Oppositionsbank, die abtretende Kanzlerin, das autosuggestive Jetzt-ist-unsere-Zeit-Gefühl und nicht zuletzt auch die Aussetzer der Konkurrenz (Laschets Lachen und Scholzens Bräsigkeit). Ein regelrechtes Rendezvous mit dem Schicksal – nur, dass man es leider verpasst hat. Und jetzt zahlt man den entsprechenden Preis.

Lässt sich denn aus dem grünen *trouble in paradise* wenigstens etwas lernen? Das gewiss, wobei die vielleicht wichtigste Lektion auf die Schnellebigkeit politischer Trends zielt, denen längst nicht immer die eingangs unterstellte Bedeutung beizumessen ist. Mehr als einige Monate braucht es schließlich kaum, um den Helden zum Buhmann geraten zu lassen; den Aufsteiger der letzten Wahl zum natürlichen Abstiegskandidaten der nächsten. Das bedeutet nicht, dass jede Trenddiagnose falsch sein muss, mag aber als Erinnerung dienen, dass es sich am Ende doch nur um Bestandsaufnahmen von Sachlagen handelt, die noch keine Form gefunden haben. Die also im besten Fall als vorläufige Evidenz und im schlechtesten bloß als narratologisch verdrahtete Ahnung gelten können. Anders gesagt: Dass auch in einem ehemals hyperstabilen Parteiensystem so manch politische Gewissheit ausfasert und die Starrheit der alten Machtlager zunehmend einer Collage der Flexibilitäten weicht, ist die eine Sache. Doch bleibt diese Collage in der Regel figürlich; sie modifiziert und rearrangiert den Normzustand lediglich statt ihn im Stile Jackson Pollocks in einem institutionellen Farben- und Formengewitter aufzulösen. Der Überraschungserfolg der SPD 2021 ist jedenfalls ein gutes Beispiel dafür, dass man Parteien einer bestimmten Identitätsmächtigkeit nie vorschnell abschreiben sollte. Ihre derzeitigen Umfragewerte sind ein nicht minder gutes Beispiel dafür, dass die Rede von Europas sozialdemokratischem Jahrzehnt

dennoch verfrüht war.¹² Und die Behauptung, die Union liege so weit vorn, dass die Frage nach dem nächsten Wahlsieger schon entschieden sei, in ihrem Rückgriff auf Narrative der Merkel-Jahre¹³ ein deutlicher Ausweis für die zirkuläre Natur alles Politischen.

Eine andere Erkenntnis gilt der Partei selbst, nämlich jene Moltkes, nach der kein Schlachtplan¹⁴ den ersten Feindkontakt übersteht. Auf die Grünen gemünzt: Kein *Rebranding*, und sei es noch so gut durchdacht, übersteht schadlos den Erstkontakt mit den harten Realitäten der Regierungsverantwortung. Auf der einen Seite sieht sich der Durchschnittsbürger nämlich plötzlich mit einer Partei konfrontiert, die tatsächlich ökologische Politik betreiben möchte; Politik, die sich nicht in Wahlwerbespots mit Sonnenblumenfeldern und pausbäckigen Kindern erschöpft, sondern anstrengend ist, kostspielig, fordernd und mitunter auch handwerklich mangelhaft.¹⁵ Er sieht sich mit einer Partei konfrontiert, die unter *Fortschritt* häufig gesellschaftspolitische Avancen versteht, denen gegenüber er selbst eher kritisch eingestellt ist. Einer Partei, die nicht anders zu können scheint, als ihn mit immer neuen rhetorischen Husarenstücken vor den Kopf zu stoßen. Auf der anderen Seite fremdelt jedoch auch die grüne Mitglieder- und Stammwählerschaft, also das, was in der Politikberichterstattung gerne *Basis* genannt wird, mit dem Umstand, dass Regieren nicht ohne Kompromisse geht und diese in einem Mehrparteienarrangement beileibe nicht immer in die angedachte Richtung ausschlagen. Im Gegenteil kann es vorkommen, dass man als überzeugter Grüner auf einmal Rückzugsgefechte gegen eine SPD-FDP-Phalanx führen muss, die beim Kernkraftausstieg auf die Bremse drückt, Haushaltsdisziplin wahren möchte und in der Asylpolitik einem restriktiveren Kurs das Wort redet. Alles Punkte, die besagter Basis schwer im Magen liegen und ihr leicht den Eindruck vermitteln können, die eigene Koalitionshandschrift sei kaum noch entzifferbar.

Dem Beobachter drängt sich insofern der Eindruck eines Dilemmas auf, bei dem die grüne Regierungsbeteiligung den meisten Nichtgrünenwählern zu grün, den eigenen Wählern aber nicht grün genug ist.¹⁶ Der ersten Gruppe erscheinen ihre Vertreter wie Wölfe, die sich den moderaten Schafspelz heruntergerissen haben, der zweiten wiederum als dem Kanzler und seinem liberalen Finanzminister

¹² Eine Formulierung, die etwa der SPD-Co-Vorsitzende Lars Klingbeil mehrfach gebrauchte.

¹³ Vgl. L. Probst (2018). Der Kampf um Platz zwei: Das deutsche Parteiensystem im Wandel. *INDES: Zeitschrift für Politik und Gesellschaft*, 7(2), 114–121.

¹⁴ Im Original: Operationsplan. Zuweilen wird die Sentenz auch irrtümlich Clausewitz zugeschrieben.

¹⁵ Lehrbeispiel ist hier die Debatte um das Gebäudeenergiegesetz und den stark umstrittenen Entwurf aus Habecks Wirtschafts- und Klimaministerium.

¹⁶ Hierin liegt, wie Winfried Thaa schon vor dreißig Jahren klarsichtig erkannte, ein wichtiger Unterschied zur SPD, die sich „Selbstwidersprüche und ein [...] Sowohl als auch in nahezu allen ökologischen und moralischen Fragen leisten kann.“ W. Thaa (1994). Die Zuständigkeitsfallen grüner Regierungspolitik, 33. In: W. Thaa, D. Salomon & G. Gräber (Hrsg.), *Grüne an der Macht: Widerstände und Chancen grün-alternativer Regierungsbeteiligungen* (33–48). Köln: Bund-Verlag.

gegenüber allzu nachgiebig. Zwar weiß der Volksmund, dass es allen recht zu tun eine Kunst ist, *die niemand kann*, doch muss eine solche Wahrnehmungskluft der Parteiführung notgedrungen Sorgen bereiten. Denn obschon man kein Interesse an unzufriedenen oder gar offen rebellierenden Kreisverbänden haben kann, die den Kurs der Bundespartei nicht länger mittragen wollen, gäbe es mit einem *back to the roots* einiges zu verlieren; umso mehr, als damit die faktische Aufgabe des eigenen Führungsanspruchs bei gleichzeitiger Anerkennung der sozialdemokratischen Hegemonie verbunden wäre. Bereits heute zeigen sich dahingehend Risse im grünen Gebälk, als die Lichtgestalt Habeck erkennbar an Sympathie eingebüßt hat und die ins Reich der Staatsbankette entschwundene Baerbock in innenpolitischen Debatten kaum mehr Sichtbarkeit entfaltet, das Nachfolgeduo Ricarda Lang/Omid Nouripour aber auf recht wenig Gegenliebe stößt. Was, mag sich mancher Strategie in der Bundesgeschäftsstelle fragen, wenn das Erfolgsgespann ganz von der Bühne abtreten sollte? Noch gibt es dafür zwar keine Anzeichen, doch ist die Berufspolitik bekanntlich ein schnelllebiges Geschäft, in dem mit vielen Bekannten und noch mehr Unbekannten gerechnet werden muss.

Um den grünen Aufstieg Richtung Gipfel der Macht ist es also nicht unbedingt so gut gestellt, wie man meinen könnte – und mit Sicherheit schlechter, als man es von Seiten der Partei gerne hätte. Dass sie sich im Hochland der mittelgroßen Kräfte angesiedelt hat und die Zeiten der Einstelligkeit auf absehbare Zeit vorbei sein dürften, ist natürlich richtig. Doch inwieweit dieses Sesshaftwerden im Zwischenraum von Volks- und Nischenpartei als Erfolg verbucht werden kann, bleibt in erster Linie eine Frage der eigenen Erwartungen. Unterstellt man den Grünen den Anspruch, zum Reinhold Messner der Gegenwartspolitik avancieren zu wollen und sich an so illustren Achttausendern wie *Kanzleramt* und *bundesweit stärkste Kraft* zu versuchen, dann dürfte vermutlich weniger der Stolz über den Höhegewinn, als vielmehr der Ärger über den abgebrochenen Gipfelsturm überwiegen; ein Gefühl des Scheiterns im Sinne eines sich gewahr werdenden Zurückbleibens hinter den eigenen Möglichkeiten. Schließlich gilt, um es mit einem Wort Chestertons zu sagen, dass „nothing fails like success.“¹⁷ In diesem Sinne wird sich die Partei vor allem die Frage stellen, wie sie den Rest der Legislaturperiode möglichst unbeschadet überstehen kann, um 2025 das Fundament für einen neuen Angriff zu legen. Dann wohl entweder im Rahmen eines schwarz-grünen Bündnisses, mit dem man die SPD ihres bedeutendsten *assets* (ihrer Regierungsteilhabe) beraubt, oder aber als linksliberale Gegenmacht zu einer aus der Not zusammengeschusterten Deutschlandkoalition.

¹⁷ Zu finden in den Eingangsbemerkungen zu *Heretics* (1905).